

SCHALLSCHUTZ AN DER BAHNSTRECKE: Gedankenaustausch beim Regierungspräsidium mit Vertretern der Stadt, Bürgerinitiative und der Bahn

Weiteres Vorgehen in Sachen Lärmschutz gemeinsam diskutiert



Gedankenaustausch zum Bahnlärm: Markus Fuchs, Michael Gelb, Adolf Härdle, Lothar Gotthardt, Eckart Fricke, Willi Keller, Olav Gutting, Nicolette Kressl und Dieter Gummer (von links) nahmen am Gespräch teil.

Auf Initiative des Bundestagsabgeordneten Olav Gutting hatte Regierungspräsidentin Nicolette Kressl zu einem Gedankenaustausch zwischen Vertretern von Bahn, Regierungspräsidium Karlsruhe, Bürgerinitiative Stille Schiene Hockenheim und Stadt Hockenheim zum Thema "Anpassung des Schallschutzes entlang der Bahnstrecke Mannheim-Stuttgart in Hockenheim" eingeladen.

Dabei ging es um die bereits seit vielen Jahren andauernde Auseinandersetzung zwischen Bahn und Stadt Hockenheim zur Verbesserung des Schallschutzes entlang der Bahnstrecke in Hockenheim. Zuletzt hatte die Bahn im Spätjahr 2012 einen Antrag auf Planfeststellung einer Schallschutzvariante beim Eisenbahnbundesamt eingereicht. Diese Variante sieht die Stadt Hockenheim jedoch als nicht ausreichend an, um den Schallschutz für die Anwohner an der Bahnstrecke entsprechend einer Vereinbarung zwischen der damaligen Deutschen Bundesbahn und der Stadt Hockenheim, die Bestandteil des Planfeststellungsbeschlusses im Jahre 1981 zum Neubau der Bahnstrecke Mannheim-Stuttgart wurde, zu verbessern (wir berichteten).

Neben Vertretern der Anhörungsbehörde beim Regierungspräsidium Karlsruhe mit Regierungspräsidentin Nicolette Kressl, der Deutschen Bahn mit dem Konzernbevollmächtigten für Baden-Württemberg, Eckart Fricke, der Stadt Hockenheim mit Oberbürgermeister Dieter Gummer, nahmen an diesem Gespräch auch die Fraktionsvorsitzenden im Hockenheimer Gemeinderat Markus Fuchs (CDU), Willi Keller (SPD), Adolf Härdle (Bündnis 90/Die Grünen) und Michael Gelb (FDP/LfH) teil. Für die BISS Hockenheim saßen die Vorstandmitglieder Lothar Gotthardt und Konrad Sommer mit am Tisch.

In konstruktiver Atmosphäre tauschten sich die Bahn und die Hockenheimer Abordnung unter Vermittlung des Regierungspräsidiums Karlsruhe über das weitere Vorgehen in Sachen Bahnlärm aus, teilt die Verwaltung mit. zg

© Hockenheimer Tageszeitung, Montag, 06.10.2014